

SCHWARZROTGOLD

Das Magazin der Bundesregierung

2
2021

WAS DEMOKRATIE AUS-
MACHT - EIN GESPRÄCH

8

RECHTSEXTREMISMUS -
AUSSTEIGERN HELFEN

14

WAHLEN - WARUM SO
NÜCHTERN?

20



DEMOKRATIE

04

DEMOKRATEN IN UNIFORM

Welche Werte werden in
der Polizeiausbildung vermittelt?

18

HÄTTEN SIE'S GEWUSST?

Von Chile bis San Marino.
Demokratie weltweit.

06

ORTE DER DEMOKRATIE

Geschichte dort erleben,
wo sie passiert ist.

20

WAHLEN – WARUM SO NÜCHTERN?

Ein Gastbeitrag
von Hedwig Richter.

08

DIE MENSCHEN IMMER WIEDER ÜBERZEUGEN

Carolin Emcke und
Christoph Möllers diskutieren.



14

„DRUDEL 11“ – RAUS AUS DER RECHTSEXTREMEN SZENE

Ein Aussteiger und sein Helfer
erzählen ihre Geschichte.

22

WAHLWISSEN KOMPAKT

Zahlen und Fakten.

Impressum

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin **Redaktion:** Dr. Johannes Dimroth **Druck:** Frank Druck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 24211 Preetz **Gestaltung:** Zum goldenen Hirschen Berlin GmbH, 10997 Berlin **Bildnachweis:** Titel, S. 2, 14, 20, 23: Noma Bar; S. 3: Bundesregierung/Eckel; S. 4–5: Thies Rätzke; S. 6–7, 18–19: Zum goldenen Hirschen Berlin GmbH; S. 8–11: Bundesregierung/Kugler; S. 16: Felix Abraham; S. 21: laif/Lea Giovanazzi **Redaktionsschluss:** 21.4.2021



GU9

www.blauer-engel.de/uz195

Dieses Druckerzeugnis ist mit dem
Blauen Engel zertifiziert.



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

wir leben in einer Demokratie, das erscheint uns beinahe selbstverständlich. Schaut man jedoch in die Welt, wird schnell klar, dass Milliarden Menschen dieses Privileg nicht vergönnt ist. Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen – darauf ist unsere Demokratie ausgerichtet. Ihre Stärke erweist sich auch darin, die Zumutung einer Einschränkung persönlicher Freiheiten nur dann auszuhalten, wenn sie zeitlich begrenzt ist und aus zwingendem Grund erfolgt – wie in Zeiten der Coronavirus-Pandemie zum Schutz von Menschenleben.

In einem demokratischen Gemeinwesen gehören Freiheit und Verantwortung untrennbar zusammen. Im September steht die Bundestagswahl an. Das Recht, wählen zu gehen, bietet jeder und jedem die Chance, Einfluss auf die politische Zukunft unseres Landes zu nehmen. Meine herzliche Bitte: Nutzen Sie

das Recht einer freien, demokratischen Wahl. Viele Ehrenamtliche werden in den Wahllokalen im Einsatz sein. Für diesen Einsatz danke ich allen schon heute herzlich. Demokratie lebt auch vom tagtäglichen Engagement in verschiedenen Initiativen und Projekten. In dieser Ausgabe von schwarzrotgold wird unter anderem über den Verein „Drudel 11“ aus Jena berichtet, der Aussteiger aus rechtsextremen Kreisen unterstützt. Einer dieser Aussteiger erzählt seine bewegende Geschichte.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Mit herzlichen Grüßen

Angela Merkel

Angela Merkel, Bundeskanzlerin



DIE MENSCHEN IMMER WIEDER ÜBERZEUGEN

Die Autorin Carolin Emcke und der Rechtswissenschaftler Christoph Möllers sprechen über Gleichberechtigung, Freiheit in Pandemie-Zeiten, Vertrauen und Wut in Deutschland.

Was macht eine funktionierende Demokratie aus?

Möllers: Ich bin für die Minimaldefinition: Die Regierung muss zur Opposition und aus Opposition muss Regierung werden können. Und diese Möglichkeit muss real bestehen, nicht nur theoretisch.

Emcke: Ich würde darüber hinaus sagen: Eine Demokratie braucht mindestens das Versprechen, dass diejenigen, die von einer politischen Entscheidung betroffen sind – also Bürgerinnen und Bürger –, an ihrer Entstehung in irgendeiner Weise beteiligt werden. Oder Einspruch erheben können. Eine ganz, ganz alte Vorstellung von Volkssouveränität.

Brauchen wir mehr Bürgerbeteiligung?

Emcke: Ja, wenn das mehr Durchlässigkeit, mehr Inklusion, mehr Partizipation bedeutet. Zum Beispiel Bürgerräte: Es gibt lange Prozesse der Information, der öffentlichen Anhörung von verschiedensten Expertisen und Betroffenen. Die Bürgerräte entscheiden über politische und soziale Fragen. Das finde ich beeindruckend. Bei der Forderung nach mehr Volksabstimmung dagegen war ich – schon vor dem Brexit – skeptisch. Bestimmte Prinzipien der Menschenrechte oder der Unantastbarkeit der Würde sollten auch nicht zur Wahl gestellt werden.

„Die Erwartung an die Demokratie lautet: Gleichberechtigung.“

Carolin Emcke

Möllers: Wir haben tendenziell zu viele Instrumente der direkten Beteiligung. Volksabstimmungen, Bürgerbeteiligungen, Anhörungsverfahren und ähnliche Strukturen werden in aller Regel vornehmlich von bürgerlichen Schichten genutzt und privilegieren diese im Ergebnis gegenüber Leuten, die es schwerer haben, ihre Interessen zu vertreten.

Demokratie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Wie sollte das dann Ihrer Meinung nach aussehen?

Möllers: Ich halte es für ein Problem, wenn sich viele Menschen ausschließlich für ein Thema, zum Beispiel für den Klimaschutz, engagieren. Damit arbeiten sie an der Demokratie und am Parteiensystem vorbei und vergeben letztlich auch eine Chance auf Einfluss. Denn das Herausfordernde am politischen Prozess ist ja, dass es gerade nicht nur ein Thema gibt, dass es nichts umsonst gibt und dass alle Einzelfragen gegen alle anderen Einzelfragen abgewogen werden und in Ausgleich gebracht werden müssen. Dadurch wirkt politisches Engagement, die klassische Parteiarbeit, unglamourös, ist aber unverzichtbar für unsere Demokratie und kann auch Freude machen.

Emcke: Das sollte allerdings auch den Parteien selbst zu denken geben. Viele Menschen fragen sich auch: „Passe ich da rein?“

Braucht eine Demokratie besonders viele Gleichdenkende, um stabil zu sein, oder ist es Ausdruck demokratischer Freiheit, wenn die Meinungen in einer Gesellschaft gespalten und polarisiert sind?

Möllers: Das ist sehr unterschiedlich. Es gibt Gesellschaften, die haben die Demokratie durch Tradition historisch verinnerlicht. Je mehr Verinnerlichung es gibt, desto mehr Polarisierung können sie vertragen. Und es gibt Ordnungen, denen die Demokratie nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist. In diesen Systemen wird Polarisierung schneller gefährlich. Deshalb glaube ich zum Beispiel, dass Amerika immer eine Demokratie bleiben wird, obwohl die Polarisierung derzeit extrem ist, während in anderen Ländern – vielleicht sogar bei uns – die Demokratie und die Institutionen, die sie tragen, schneller in Frage gestellt werden.

Emcke: Natürlich gelingt eine Demokratie nur, wenn sie ihre Bürgerinnen und Bürger auch immer wieder überzeugt. Es braucht ein Vertrauen in demokratische Institutionen, aber auch in die Möglichkeit, sie korrigieren zu können. Ich lebe mit einer Argentinierin zusammen und dieses Vertrauen in den Rechtsstaat und stabile Institutionen unterscheidet uns. Wenn bei uns in der Straße eine Baustelle ist, denke ich: „Guck mal, super, die Stadt repariert das Loch im Asphalt.“ Meine Freundin denkt: „Da wird Geld von A nach B verschoben.“ Für mich gibt es zunächst ein Grundvertrauen in unsere demokratischen

„Ich halte es für ein Problem, wenn sich viele ausschließlich für ein Thema engagieren.“

Christoph Möllers



Carolin Emcke schreibt und diskutiert über unsere Gesellschaft.

Institutionen, aber das bedingt und ermöglicht für mich eben auch Einsprüche und Kritik. Die Demokratie ist nichts, das man besitzt, sondern etwas, das wir immer wieder erarbeiten müssen.

Schwindet in Deutschland das Vertrauen in die Demokratie?

Möllers: Nicht absolut. Eher gibt es eine parallele Entwicklung von steigenden Erwartungen und ambivalenten Erfahrungen. Wir sind anspruchsvoller geworden. Unsere Erwartungen an eine demokratische Ordnung sind im Jahr 2021 andere als im Jahr 1951. Das ist keine schlechte Entwicklung. Gleichzeitig gibt es soziale Entwicklungen, die viele dieser Erwartungen enttäuschen. Das führt dann zu einer negativen Beurteilung, ist aber nicht automatisch gleichzusetzen mit sinkendem Vertrauen.

Emcke: Die Erwartung an die Demokratie heute wie damals lautet: Gleichberechtigung. Daran hat sich nichts geändert. Es hat sich höchstens die Vorstellung davon, was Gleichberechtigung

bedeutet, präzisiert. Eben weil sie nicht allen zugestanden wurde. Und ich halte es für problematisch, denen, die diskriminiert oder marginalisiert werden, zu signalisieren: Eure Ansprüche sind einfach zu hoch. Stellt euch nicht so an.

Möllers: Wir müssen das auseinanderklamüsern: Wo ändern sich Dinge? Wo ändern sich Erwartungen? Wo ändern sich Erwartungen berechtigt? Und wo sind Erwartungen überzogen? Aber zur Demokratie gehört auch die Demut, dass wir die Dinge nur sehr begrenzt in unserem Sinne verändern können. Unter Gleichen hat jeder gleich viel oder gleich wenig zu sagen. Es gehört dazu, dass man sich mit sehr vielen Entscheidungen abfinden muss, obwohl man sie für falsch hält. Und auf der anderen Seite gibt es Dinge, die man legitimerweise nicht mehr ertragen können will. Das ist ein permanenter Kampf, in dem sich viele Menschen fremdbestimmt fühlen, obwohl sie in einer funktionierenden Mehrheits Herrschaft leben.

Emcke: Ich habe großes Verständnis für das Einfordern von Demut. Immer wenn ich von Reisen aus dem Irak und Haiti zurückkam, war ich dankbar für den Zufall, in eine Demokratie hineingeboren worden zu sein. Aber das kann und darf mich nicht hindern, auch bei uns Ungleichheit und Ausgrenzungen zu sehen und zu kritisieren. Was mich doch von den Generationen unserer Mütter oder unserer Großmütter unterscheidet, ist: Wir haben eine andere Gewichtung zwischen der Demut, etwas hinzunehmen, auf der einen Seite und dem Aufbegehren, der Dissidenz, dem Einfordern von Rechten auf der anderen Seite.

„Demokratie ist nichts, das man besitzt, sondern etwas, das wir immer wieder erarbeiten müssen.“

Carolin Emcke

Das Aufbegehren findet heute häufig und sehr wirkungsvoll in den sozialen Netzwerken im Internet statt. Beobachten wir dort Demokratisierung oder das Gegenteil?

Möllers: Ich halte die Technologie für etwas überschätzt. Mit Hilfe der sozialen Medien im Netz konnten sich Menschen zwar plötzlich sehr schnell verabreden, etwa um gemeinsam zu demonstrieren. Jeder weitere politische Schritt hat aber etwas mit Organisation zu tun und den kann man nur schwer digital umsetzen. Für das Scheitern der Arabellion ist das gut erforscht.

Emcke: Na, das halte ich für eine Unterschätzung der Technologie. Ich war am Anfang völlig verzaubert von den neuen Möglichkeiten der sozialen Netzwerke, wie wir sie etwa im Arabischen Frühling erlebt haben. Aber das wurde schnell enttäuscht. Wir sehen doch überall die fatalen Wirkungen einer fragmentierten Öffentlichkeit,

in der Wissen und Unwissen nicht mehr unterschieden werden, in der Desinformation und Ressentiment nicht mehr gefiltert werden. Das ist schon ein ungeheures demokratisches Problem: wenn es keinen Ort für informierte Diskurse zur Selbstverständigung mehr gibt.

Möllers: Es gibt viele Länder, in denen es nie eine solche von allen geteilte Öffentlichkeit gab. In den USA und in Indien hat es so etwas wie die Tagesschau, den Ort, um den sich die Gemeinschaft sammelt und über den sie sich informiert, nie gegeben. Und brutale Medien, die als Monopolisten Hass unter die Leute bringen, sind doch auch kein neues Phänomen.

Emcke: Waren Sie schon einmal auf einer Hygienedemo? Da sind Menschen, die sich nur noch über Telegram oder Youtube informieren. Von denen liest oder sieht niemand etwas, das wir für Journalismus halten würden. Die Wissenschaftsfeindlichkeit dort ist nicht nur in einer Pandemie fatal, sondern auch angesichts der Klimakrise.

11



Christoph Möllers lehrt als Professor öffentliches Recht an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Möllers: Ich sehe darin auch eine bedenkliche Entwicklung. Aber verglichen mit den 50er Jahren halte ich uns alle heute dennoch für viel besser informiert.

Woher kommt die Wut?

Emcke: Das ist die Jahrhundertfrage.

Möllers: Vielleicht ist es einfach so: Irgendwann erschöpfen sich politische Systeme. Dinge beginnen frisch und verlieren mit der Zeit ihren Glanz. Das ist bitter, aber 70 Jahre sind eine lange Zeit für das Grundgesetz. Man könnte sich also auch umgekehrt fragen: Warum hat es so lange gehalten? Warum ist der Westen so zäh und erfolgreich gewesen?

Das klingt so, als läge das Ende unserer demokratischen Verfassung vor uns.

Möllers: Ich glaube nicht, dass wir am Ende sind. Wir sollten nur nicht davon ausgehen, dass es ganz selbstverständlich immer mit unserer Demokratie weitergeht. Und ohne das System Demokratie als solches in Frage zu stellen, müssen wir erkennen und dann erklären, dass eine Fortschreibung nur mit Erneuerung funktioniert.

Emcke: Die Erneuerung wird jedenfalls nicht von den Hygienesemos und Verschwörungsmythen kommen.

In der Pandemie ist unsere Freiheit zum Teil gravierend eingeschränkt worden. Gefährdet Corona die Demokratie?

Möllers: Wir haben in der Pandemie bis zur einheitlichen Notbremse im Infektionsschutzgesetz alle großen Entscheidungen über die Freiheitsverteilung außerhalb des Parlaments getroffen. Viele Entscheidungen wurden in der Ministerpräsidentenkonferenz unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen. Das ist schon ziemlich ungewöhnlich. Wenn das zum Dauerzustand geworden wäre, dann hätte ich größte Bedenken. Dass es praktisch nicht gut funktioniert hat, macht die Sache nicht besser. Außerdem hätte man mit der Planung für ein Bundesgesetz schon vor Monaten beginnen müssen.

„Irgendwann erschöpfen sich politische Systeme.“

Christoph Möllers

Emcke: Aber es gab doch offen geführte Diskussionen. Es gab Raum für Kritik. Auf diese Kritik wurde auch immer wieder eingegangen. Mich hat zumindest in der ersten Phase das nachdenkliche Miteinander beeindruckt. Später bestand dann das Problem darin, dass die Ministerpräsidentenkonferenz sich allen wissenschaftlichen Empfehlungen entgegengestellt hat. Modellierungen wurden ignoriert – nur um immer zwei Wochen später deren Richtigkeit zu bemerken. Was ich vermisst habe, ist, dass diejenigen, die sich nicht durchsetzen konnten – also auch die Kanzlerin –, deutlicher argumentieren. Ich will wenigstens hören, dass es jemand versucht hat. Jetzt wird es zwar ein Infektionsschutzgesetz geben, das diese fahrlässige Zögerlichkeit der MPK aussticht – aber es ist in der Sache selbst wieder nicht nachhaltig genug.

Wie können wir demokratischer werden?

Emcke: Es braucht mehr Gegenwehr gegen soziale Ungleichheiten und mehr Anerkennung der Vielfalt.

Möllers: Ich glaube nicht, dass wir demokratischer werden müssen. Wir müssen besser lernen zu verstehen, was die Demokratie leisten kann. Allen muss klar sein, dass wir in einem unvollkommenen System leben, das immer wieder auch mal scheitern wird. Dass dieses System aber nicht seine Legitimation deswegen verliert, weil nicht alles reibungslos funktioniert. Eine selbstbewusste Politik müsste ihre eigenen Schwächen viel offensiver kommunizieren. Das würde Vertrauen zurückbringen und die Demokratie stärken.

Redaktionsschluss für das Interview war der 21.4.2021.



Die
Bundesregierung

Politik erklärt von denen, die Politik machen.

Aus Regierungskreisen –
der Podcast der Bundesregierung

Jetzt reinhören auf [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de)
und überall dort, wo es Podcasts gibt.



DIE MENSCHEN IMMER WIEDER ÜBERZEUGEN

Wovon überzeugen?

Die Autorin Carolin Emcke und der Rechtswissenschaftler Christoph Möllers sprechen über Gleichberechtigung, Freiheit in Pandemie-Zeiten, Vertrauen und Wut in Deutschland.

Carolin Emcke schreibt und diskutiert über unsere Gesellschaft.
Christoph Möllers lehrt als Professor öffentliches Recht an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Was macht eine funktionierende Demokratie aus?

Was macht einen Wissenschaftler aus? Nun, dass er sich als erstes fragt „worum geht es denn überhaupt?“

<https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratie> **Demokratie** (altgriechisch δημοκρατία *dēmokratía* „Herrschaft des Staatsvolkes“, von δῆμος *dēmos* „Staatsvolk“ und κράτος *krátos* „Gewalt, Macht, Herrschaft“) bezeichnet heute Herrschaftsformen, politische Ordnungen oder politische Systeme, in denen Macht und Regierung vom Volk ausgehen (**Volksherrschaften**). Dieses wird entweder unmittelbar (direkte Demokratie) oder durch Auswahl entscheidungstragender Repräsentanten (repräsentative Demokratie) an allen Entscheidungen, die die Allgemeinheit verbindlich betreffen, beteiligt. In demokratischen Staaten und politischen Systemen geht die Regierung durch politische Wahlen aus dem Volk hervor. Da die Macht von der Allgemeinheit ausgeübt wird, sind Meinungs- und Pressefreiheit zur politischen Willensbildung unerlässlich. Weitere wichtige Merkmale einer modernen Demokratie sind freie, geheime und gleiche Wahlen, das Mehrheits- oder Konsensprinzip, Minderheitenschutz, die Akzeptanz einer politischen Opposition, Gewaltenteilung, Verfassungsmäßigkeit, sowie Schutz der Grund-, Bürger- und Menschenrechte.

Theoretisch haben wir also in der Bundesrepublik eine „repräsentative Demokratie“, wobei das Parlament das Staatsvolk repräsentieren soll. Das Parlament und die von ihm gewählte Regierung geht aber nicht aus dem Volk hervor, sondern (durch verfassungswidriges Parteiengesetz geregelt) aus einer durch die politischen Parteien getroffenen Vorauswahl von Parteimitgliedern. Mit der Meinungs- und Pressefreiheit zur Unterstützung der politischen Willensbildung des einzelnen Staatsbürgers muss etwas sehr im Argen liegen, denn das Staatsvolk sieht sich nicht ausreichend und mit gebotener Vielfalt informiert. Das Mehrheitsprinzip wird durch die verfassungsbrechenden Abstimmungsvorgaben durch Fraktionsvorsitzende der Parteien missachtet. Die Gewaltenteilung ist beseitigt: Legislative und Exekutive sind durch die Parteienoligarchien gesteuert; die Unabhängigkeit der Justiz ist durch Besetzung der Richterposten (mindestens auf oberen Ebenen) nach parteipolitischen Interessen beseitigt. Die Verfassungsmäßigkeit ist nicht gewährleistet; es ist in den staatlichen Institutionen üblich geworden die Verfassung zu missachten. Die Grundrechte sind nicht gewährleistet; wenn diese Grundrechte von den staatlichen Organisationen missachtet werden, verweigert das Bundesverfassungsgericht die Bearbeitung darauf bezogener Verfassungsbeschwerden.

Möllers: Ich bin für die Minimaldefinition: Die Regierung muss zur Opposition und die Opposition muss Regierung werden können. Und diese Möglichkeit muss real bestehen, nicht nur theoretisch.

Diese Minimalforderung wird in unserer Parteienoligarchie erfüllt, deshalb ist der Zustand unseres politischen Systems noch lange keine Demokratie.

Die etablierten im Bundestag vertretenen politischen Parteien (außer der AfD) können sich in der Regierung ablösen, aber die Beseitigung der oben angedeuteten Missstände/Demokratie-Defizite ist dadurch keinesfalls zu erreichen, die Demokratie-Missstände werden durch all diese Parteien garantiert (deshalb Parteienoligarchie; *plural*).

Emcke: Ich würde darüber hinaus sagen: Eine Demokratie braucht mindestens das Versprechen, dass diejenigen, die von einer politischen Entscheidung betroffen sind - also Bürgerinnen und Bürger -, an ihrer Entstehung in irgendeiner Weise beteiligt werden. Oder Einspruch erheben können. Eine ganz, ganz alte Vorstellung von Volkssouveränität.

„darüber hinaus“: Frau Emcke schließt sich also dieser „Minimaldefinition“ an.

Es braucht für das Staatsvolk nicht das „Versprechen“ der Demokratie, sondern die Umsetzung des Versprechens. „Einspruch erheben können“, den die Herrschenden ignorieren, ist entschieden zu wenig.

Die Frage ist nicht eine „Beteiligung“ / ein wenig mehr „Beteiligung“, sondern ob das Staatsvolk die Herrschaft ausübt: ja/nein. Die Antwort in der Bundesrepublik Deutschland ist: nein, denn die Herrschaft wird von den etablierten politischen Parteien ausgeübt (Parteienoligarchie).

Brauchen wir mehr Bürgerbeteiligung?

Nicht vergessen: lt. Impressum ist dieses „Magazin“ ein Werk der Bundesregierung. Alle Fragestellungen, entlang derer die beiden Interviewten diskutieren, sind also von der Bundesregierung vorgegeben.

Emcke: Ja, wenn das mehr Durchlässigkeit, mehr Inklusion, mehr Partizipation bedeutet. Zum Beispiel Bürgerräte: Es gibt lange Prozesse der Information, der öffentlichen Anhörung von verschiedensten Expertisen und Betroffenen. Die Bürgerräte entscheiden über politische und soziale Fragen. Das finde ich beeindruckend. Bei der Forderung nach mehr Volksabstimmung dagegen war ich -schon vor dem Brexit - skeptisch.

Frau Emcke ist also gegen mehr Volksabstimmung, weil das Staatsvolk indoktriniert werden könnte. Solange das Staatsvolk von „den Richtigen“ indoktriniert wird, ist also alles in Ordnung?

Bestimmte Prinzipien der Menschenrechte oder der **Unantastbarkeit der Würde** sollten auch nicht zur Wahl gestellt werden.

(„Unantastbarkeit der Würde“ bezieht sich auf Art. 1 Abs. 1 GG) Die Feststellung hinkt; die Frage stellt sich nicht, denn unser Grundgesetz ist nur mit 2/3 Mehrheit durch den Bundestag zu verändern.

Möllers: Wir haben tendenziell zu viele Instrumente der direkten Beteiligung.

Da wir keine Demokratie haben, können es logischerweise nicht „zu viele Instrumente“ sein, sondern höchstens die falschen.

Volksabstimmungen, Bürgerbeteiligungen, Anhörungsverfahren und ähnliche Strukturen werden in aller Regel vornehmlich von bürgerlichen Schichten genutzt und privilegieren diese im Ergebnis gegenüber Leuten, die es schwerer haben, ihre Interessen zu vertreten.

Wenn die Instrumente nur von einem Teil der Gesellschaft genutzt werden, dann ist dies kein Argument mit Verweis auf die anderen ihnen die Möglichkeit der demokratischen Teilhabe zu verweigern, sondern es ist die Aufforderung sich darum zu bemühen, die anderen ebenfalls in die Lage zu versetzen (Volksbildung statt Volksverblödung)

Demokratie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Wie sollte das dann Ihrer Meinung nach aussehen?

Möllers: Ich halte es für ein Problem, wenn sich viele Menschen ausschließlich für ein Thema, zum Beispiel für den Klimaschutz, engagieren.

Ich halte es für eine selbstüberschätzende Anmaßung den Staatsbürgern vorzuschreiben, wofür sie sich zu engagieren haben. Die persönliche Überzeugung, dass es heute „keine wichtigere Aufgabe als das Überleben der Menschheit (also Klimaschutz) gibt“ ist zumindest eine begründbare Sicht.

Damit arbeiten sie an der Demokratie **und am Parteiensystem** vorbei und vergeben letztlich auch eine **Chance auf Einfluss**. Denn das Herausfordernde am politischen Prozess ist ja, dass es gerade nicht nur ein Thema gibt, dass es nichts umsonst gibt und dass alle Einzelfragen gegen alle anderen Einzelfragen abgewogen werden und in Ausgleich gebracht werden müssen. **Dadurch wirkt politisches Engagement, die klassische Parteiarbeit, unglamourös, ist aber unverzichtbar für unsere Demokratie und kann auch Freude machen.**

Demokratie bedeutet keinesfalls dem Parteiensystem unserer Parteienoligarchie zuzuarbeiten. Am Parteien-Stammtisch zu sitzen und sich die vorgegebenen Meinungen der Partei-Oberen eintrichtern zu lassen ist nicht nur „unglamourös“, sondern auch geistig sehr unbefriedigend.

Art 21 Grundgesetz

(1) Die Parteien **wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit**. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

- (2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.
- (3) Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen. Wird der Ausschluss festgestellt, so entfällt auch eine steuerliche Begünstigung dieser Parteien und von Zuwendungen an diese Parteien.
- (4) Über die Frage der Verfassungswidrigkeit nach Absatz 2 sowie über den Ausschluss von staatlicher Finanzierung nach Absatz 3 entscheidet das Bundesverfassungsgericht.
- (5) Das Nähere regeln Bundesgesetze.

Dass unsere Parteienoligarchie „unverzichtbar für unsere Demokratie“ ist, ist eben von dieser Parteienoligarchie verbreitetes Märchen (vorliegendes Interview in deren Auftrag ist nur ein weiterer Beleg dafür). Dass ein Nichtzuarbeiten tatsächlich eine Reduktion der „Chance auf Einfluss“ bedeutet, hat nicht der einzelne Staatsbürger zu verantworten, sondern unser etabliertes Parteiensystem (die Parteienoligarchie). Deshalb gibt es den Absatz 4 in Artikel 21 GG; fehlt nur noch zur Umsetzung ein Bundesverfassungsgericht, dessen Richter nicht von dieser Parteienoligarchie handverlesen in die Ämter gehievt wurden, sondern die das Grundgesetz unabhängig von den Parteiinteressen auch durchsetzen.

Emcke: Das sollte allerdings auch den Parteien selbst zu denken geben.

Schon 1966 stellte Karl Jaspers („Wohin treibt die Bundesrepublik“) fest, dass die etablierten politischen Parteien eine **Parteioligarchie** errichteten, also ihre Machtherrschaft über die Demokratie ([https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-O/Referenznr.\[IG_O-PP_001\]](https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-O/Referenznr.[IG_O-PP_001]); [https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/20200811_Die Kriminalität der gesetzlichen Krankenkassen und des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen auf Betreiben der Parteienoligarchie](https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/20200811_Die_Kriminalität_der_gesetzlichen_Krankenkassen_und_des_Spitzenverbandes_Bund_der_Krankenkassen_auf_Betreiben_der_Parteienoligarchie))

Die Erkenntnis, dass die Parteien den Art. 20 Abs. 1, 2, 3 und Artikel 21 Abs. 1, 2 in erheblicher Weise verletzt haben, ist lediglich für die Entstehungsgeschichte des GMG („Gesetz zur Modernisierung des Gesundheitswesens“) neu. Schon 1982 hat der ehemalige **Bundespräsident Richard von Weizsäcker** die Praxis in der Bundesrepublik mit der Feststellung resümiert: „Tatsächliches Verhalten und Einfluß der Parteien haben ihren Ruf begründet, daß sie sich den Staat zur Beute machen.“ In seiner Rede zur Wiedervereinigung am 3.10.1990 kritisierte er, dass sich der Einfluss der Parteien auf die gesamte Gesellschaft ausgeweitet habe. Sie seien längst zu einem sechsten Verfassungsorgan geworden, aber, im Gegensatz zu den anderen, keiner Kontrolle unterworfen.

([https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/20201212_Die staatlichen Juristen – ein Berufsstand zwischen Missbrauch und Größenwahn](https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/20201212_Die_staatlichen_Juristen_-_ein_Berufsstand_zwischen_Missbrauch_und_Größenwahn))

Richard von Weizsäcker „Der Parteienstaat oder Die Zukunft der liberalen Demokratie“ (1992): ([https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-O/Referenznr.\[IG_O-PP_002\]](https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-O/Referenznr.[IG_O-PP_002]); [https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/20200925_Das Treiben der Parteienoligarchie_Kriminalität der gesetzl. KK und des GKV-SVB_wirkungsloses und ungesetzliches Basteln an der Legaldefinition 'Versorgungsbezug'](https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/20200925_Das_Treiben_der_Parteienoligarchie_Kriminalität_der_gesetzl_KK_und_des_GKV-SVB_wirkungsloses_und_ungesetzliches_Basteln_an_der_Legaldefinition_Versorgungsbezug)).

- „Was für eine Vorstellung die Mütter und Väter unserer Verfassung am Ende der vierziger Jahre vom Einfluß der Parteien hatten, weiß ich nicht. Das, was sie darüber im Artikel 21 des Grundgesetzes formuliert haben, ist jeden falls ein geradezu gigantisch eindrucksvolles Beispiel von Understatement. Wenn man dort den Kernsatz liest, „die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“, und die mit der tatsächlich eingetretenen Wirklichkeit [...] vergleicht, dann kommen den einen die Tränen der Rührung, und bei den anderen schwellen die Zornesadern.“
- „Mit dem Parteiengesetz verfügen die Parteien auf dem Umweg über den Gesetzgeber über sich selbst. Von ihren Rechten ist ziemlich eindrucksvoll die Rede, wenn auch der tatsächliche Umfang ihres Einflusses bei weitem nicht erfaßt ist. Die festgelegten Pflichten sind dürftig genug [...].“
- „Alles redet immerfort vom Parteienstaat, ganz mit Recht, wie ich finde.“
- „Sind die Parteien nur das Verbindungsglied zwischen dem Willen des Volkes und den staatlichen Organen? Oder sind sie nicht längst Teil, ja Hauptteil der – wenn auch nicht verfassungsrechtlich vorgesehenen – Staatlichkeit? Welche Vorkehrungen haben wir getroffen oder unterlassen, um das überparteiliche Element, den Staat, nachhaltig zu stärken? Wie sieht das Verhältnis zwischen dem Willen des Volkes und dem der Parteien aus?“
- „Einmal im öffentlichen Dienst, immer im öffentlichen Dienst, und bitte keine Außenseiter hereinlassen. [...] Politiker werden immer mehr von Jugend an zu parteiabhängigen Berufspolitikern, Selbständigkeit und Qualität nehmen ab.“

- „Der Hauptaspekt des „erlernten“ Berufs unserer Politiker besteht in der Unterstützung dessen, was die Partei will, damit sie einen nominiert, möglichst weit oben in den Listen, und in der behutsamen Sicherung ihrer Gefolgschaft, wenn man oben ist. [...] Doch wo bleibt der politische Wille des Volkes?“

Den Parteien hat das keineswegs zu denken gegeben, wie Frau Emcke empfiehlt.

Sie sind auf diesem Weg, den Staat zu ihrer Beute zu machen, ein ganzes Stück vorangeschritten. 2007 z.B. haben sie sich die Sozialsysteme samt dem Eigentum der Versicherten unter den Nagel gerissen.

Viele Menschen fragen sich auch: „Passe ich da rein?“

Noch mehr Menschen wissen auf Anhieb und ohne Frage „da will ich beim besten Willen nicht reinpassen“.

Braucht eine Demokratie besonders viele Gleichdenkende, um stabil zu sein, oder ist es Ausdruck demokratischer Freiheit, wenn die Meinungen in einer Gesellschaft gespalten und polarisiert sind?

Der Normalzustand in einer Demokratie ist eine Vielfalt nicht nur gedachter, sondern auch geäußelter Meinungen („gespalten“ ist ein negativer Begriff für „divers/vielstimmig“, aber keinesfalls gleichzusetzen mit „polarisiert“). Polarisierte Meinungen sind eine extreme Einengung auf „eine bestimmte Meinung“ und „ihre Gegenmeinung“. Insofern ist den Parteien die Frage zu stellen, ob nicht die „polarisierende Meinung“ ein Ergebnis der „ganz bestimmten vorherrschenden Meinung“, nämlich der „alternativlosen Meinung“ ist (nach dem Motto: ich bin dagegen).

Es geht nicht um polarisierende Meinungen, die eine Demokratie „aushalten“ muss, sondern es geht um Vielfalt der Meinungen, die in einer Demokratie zu konsensfähigen politischen Entscheidungen geführt werden muss.

Möllers: Das ist sehr unterschiedlich. Es gibt Gesellschaften, die haben die Demokratie durch Tradition historisch verinnerlicht. Je mehr Verinnerlichung es gibt, desto mehr Polarisierung können sie vertragen. Und es gibt Ordnungen, denen die Demokratie nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist. In diesen Systemen wird Polarisierung schneller gefährlich. Deshalb glaube ich zum Beispiel, dass Amerika immer eine Demokratie bleiben wird, obwohl die Polarisierung derzeit extrem ist, während in anderen Ländern - vielleicht sogar bei uns - die Demokratie und die Institutionen, die sie tragen, schneller in Frage gestellt werden.

Es geht nicht um die „Verinnerlichung“ der Demokratie in der Gesellschaft bzw. unter den Mitgliedern des Staatsvolkes, sondern ob die Institutionen des „demokratischen Staates“ das „Versprechen“ der Demokratie einlösen oder nicht. In der Bundesrepublik Deutschland lösen die von der Parteienoligarchie durchsetzten / unterwanderten Institutionen dieses Versprechen nicht ein ... im Gegenteil.

Emcke: Natürlich gelingt eine Demokratie nur, wenn sie ihre Bürgerinnen und Bürger auch immer wieder überzeugt.

Was für eine verräterische Formulierung.

Demokratie ist demnach nicht etwa das politische System eines Staates, sondern etwas von dem man das Staatsvolk (Bürgerinnen und Bürger) überzeugen muss. WER muss sie denn „immer wieder“ überzeugen? Es sind die Institutionen des Staates; also jene, die sich für den eigentlichen Staat halten und die der Ansicht sind, dass das Staatsvolk eigentlich gar nicht richtig dazu gehört. Und die müssen dann nicht etwa das „Versprechen“ der Demokratie durch ihr verfassungskonformes/gesetzeskonformes Verhalten einlösen. Nein: sie müssen nur „immer wieder die Bürgerinnen und Bürger überzeugen“, dass sie doch in einer wunderbaren Demokratie leben. Das vorliegende Interview ist ein Teil dieser Überzeugungsarbeit.

Es braucht ein Vertrauen in demokratische Institutionen, aber auch in die Möglichkeit, sie korrigieren zu können. Ich lebe mit einer Argentinierin zusammen und dieses Vertrauen in den Rechtsstaat und stabile Institutionen unterscheidet uns. Wenn bei uns in der Straße eine Baustelle ist, denke ich: „Guck mal, super, die Stadt repariert das Loch im Asphalt.“ Meine Freundin denkt: „Da wird Geld von A nach B verschoben.“ Für mich gibt es zunächst ein Grundvertrauen in unsere demokratischen Institutionen, aber das bedingt und ermöglicht für mich eben auch Einsprüche und Kritik.

Frau Emcke hat offensichtlich noch keine Erfahrungen mit „unseren demokratischen Institutionen“ gemacht. Sie sollte mehr auf die Lebenserfahrung ihrer argentinischen Lebensgefährtin setzen.

Die Demokratie ist nichts, das man besitzt, sondern etwas, das wir immer wieder erarbeiten müssen.

Schwindet in Deutschland das Vertrauen in die Demokratie?

Möllers: Nicht absolut. Eher gibt es eine parallele Entwicklung von **steigenden Erwartungen und ambivalenten Erfahrungen**. Wir sind anspruchsvoller geworden. Unsere Erwartungen an eine demokratische Ordnung sind im Jahr 2021 andere als im Jahr 1951. Das ist keine schlechte Entwicklung. Gleichzeitig gibt es soziale Entwicklungen, die viele dieser Erwartungen enttäuschen. Das führt dann zu einer negativen Beurteilung, ist aber nicht automatisch gleichzusetzen mit **sinkendem Vertrauen**.

Die Deutschen sind nicht der Demokratie müde. Nein, sie haben diese lügenden, betrügenden und manipulierenden Politiker der etablierten politischen Parteien bis zum Erbrechen satt.

Emcke: Die Erwartung an die Demokratie heute wie damals lautet: Gleichberechtigung. Daran hat sich nichts geändert. Es hat sich höchstens die Vorstellung davon, was Gleichberechtigung bedeutet, präzisiert. Eben weil sie nicht allen zugestanden wurde.

Es hat sich nur die Erkenntnis verfestigt, was von jenen, die glauben / behaupten der Staat zu sein, aus dem „Versprechen“ der Demokratie gemacht worden ist.

Und ich halte es für problematisch, denen, die diskriminiert oder marginalisiert werden, zu signalisieren: Eure Ansprüche sind einfach zu hoch. Stellt euch nicht so an.

Na endlich mal eine richtige Aussage.

Möllers: Wir müssen das auseinanderklammern: Wo ändern sich Dinge? Wo ändern sich Erwartungen? Wo ändern sich Erwartungen berechtigt? Und wo sind Erwartungen überzogen? Aber zur Demokratie gehört auch die Demut, dass wir die Dinge nur sehr begrenzt in unserem Sinne verändern können.

Der Begriff „Demit“ stammt aus Zeiten von Diktaturen, wo die „Herrschaften“ ihre Entscheidungen diktieren und das Staatsvolk gefordert war, sich diesen Entscheidungen mit „Demit“ zu fügen. In Demokratien ist bei Entscheidungen vom Einzelnen die Einsicht gefordert, dass er ggf. mit seiner Meinung zu einer Minderheit gehört(e). Der gefragte Begriff ist also „Einsicht“ nicht „Demit“.

Unter Gleichen hat jeder gleich viel oder gleich wenig zu sagen. Es gehört dazu, dass man sich mit sehr vielen Entscheidungen abfinden muss, obwohl man sie für falsch hält. Und auf der anderen Seite gibt es Dinge, die man legitimer Weise nicht mehr ertragen können will. Das ist ein permanenter Kampf, in dem sich viele Menschen fremdbestimmt fühlen, obwohl sie in einer funktionierenden Mehrheitsherrschaft leben.

Das Wort „Mehrheitsherrschaft“ ist falsch. Es existiert keine Mehrheit, die über die anderen herrscht. Sondern Entscheidungen werden jeweils mit Zustimmungen von Mehrheiten gefällt („Mehrheitsprinzip“ s.o.). Der Einzelne gehört mal zur zustimmenden Mehrheit, mal zur ablehnenden Minderheit, je nach Entscheidung. In funktionierenden Demokratien beeinflusst die Meinung von Minderheiten ggf. die Mehrheitsentscheidung und führt zu einem Kompromiss („Minderheitenschutz“ s.o.).

Emcke: Ich habe großes Verständnis für das **Einfordern von Demut**. Immer wenn ich von Reisen aus dem Irak und Haiti zurückkam, war ich dankbar für den Zufall, in eine Demokratie hineingeboren worden zu sein. Aber das kann und darf mich nicht hindern, auch bei uns Ungleichheit und Ausgrenzungen zu sehen und zu kritisieren. Was mich doch von den Generationen unserer Mütter oder unserer Großmütter unterscheidet, ist: Wir haben eine andere **Gewichtung zwischen der Demut, etwas hinzunehmen, auf der einen Seite und dem Aufbegehren, der Dissidenz, dem Einfordern von Rechten auf der anderen Seite.**

Auch Frau Emcke zieht beim Staatsbürger die „untertänige Demut“ gegenüber der „souveränen demokratischen Einsicht“ vor.

Das Aufbegehren findet heute häufig und sehr wirkungsvoll in den sozialen Netzwerken im Internet statt. Beobachten wir dort Demokratisierung oder das Gegenteil?

Wir beobachten dort weder eine Demokratisierung noch ihr Gegenteil, sondern die sehr wortreiche Sprachlosigkeit über das nichterfüllte „Versprechen“ der Demokratie, gemischt mit einer geballten Portion Volksverblödung, gemischt mit einem Haufen von aus USA zu uns überschwappenden Unsinn gemischt mit , man kann vieles entdecken. Z.B. dass die Parteipolitiker in der Mehrzahl nicht einmal fähig sind ihre Email-Adressen geeignet zu verwalten und zu nutzen. Aber sie sind fast alle glühende Verfechter und Nutzer dieser „social media“ (ich rede nicht vom Internet generell), weil sie sich einbildeten, sie könnten diese zur eigenen Indoktrination des Wahlvolkes einsetzen. Nicht zufällig wurde eine Reaktion auf diesen Unsinn bisher von der Politik verhindert und man fängt erst gerade jetzt die Diskussion an, ob man diesen gesellschaftlichen Schaden („Das ist schon ein ungeheures demokratisches Problem ...“; s.u.) nicht langsam eingrenzen muss.

Möllers: *Ich halte die Technologie für etwas überschätzt. Mit Hilfe der sozialen Medien im Netz konnten sich Menschen zwar plötzlich sehr schnell verabreden, etwa um gemeinsam zu demonstrieren. Jeder weitere politische Schritt hat aber etwas mit Organisation zu tun und den kann man nur schwer digital umsetzen. Für das Scheitern der Arabellion ist das gut erforscht.*

Emcke: *Na, das halte ich für eine Unterschätzung der Technologie. Ich war am Anfang völlig verzaubert von den neuen Möglichkeiten der sozialen Netzwerke, wie wir sie etwa im Arabischen Frühling erlebt haben. Aber das wurde schnell enttäuscht. Wir sehen doch überall die fatalen Wirkungen einer fragmentierten Öffentlichkeit, in der Wissen und Unwissen nicht mehr unterschieden werden, in der Desinformation und Ressentiment nicht mehr gefiltert werden. Das ist schon ein ungeheures demokratisches Problem: wenn es keinen Ort für informierte Diskurse zur Selbstverständigung mehr gibt.*

Möllers: *Es gibt viele Länder, in denen es nie eine solche von allen geteilte Öffentlichkeit gab. In den USA und in Indien hat es so etwas wie die Tagesschau, den Ort, um den sich die Gemeinschaft sammelt und über den sie sich informiert, nie gegeben. Und brutale Medien, die als Monopolisten Hass unter die Leute bringen, sind doch auch kein neues Phänomen.*

Emcke: *Waren Sie schon einmal auf einer Hygienedemo? Da sind Menschen, die sich nur noch über Telegram oder Youtube informieren. Von denen liest oder sieht niemand etwas, das wir für Journalismus halten würden. Die Wissenschaftsfeindlichkeit dort ist nicht nur in einer Pandemie fatal, sondern auch angesichts der Klimakrise.*

Fänden die beiden Interviewten es jetzt etwa besser, wenn sich der Staatsbürger über den Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik anstatt in der Tagesschau / in Telegram / auf Youtube / ...besser im Magazin 2-2021 „SchwarzRotGold“ der Bundesregierung unter dem Interview „Was Demokratie ausmacht“ informieren würden?

Möllers: *Ich sehe darin auch eine bedenkliche Entwicklung. Aber verglichen mit den 50er Jahren halte ich uns alle heute dennoch für viel besser informiert.*

Auch ich sehe darin eine bedenkliche Fehlentwicklung.

Woraus Herr Möllers sein Dafürhalten „viel besser informiert“ sein ableitet (z.B. zum Thema Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland), bleibt sein Geheimnis.

Woher kommt die Wut?

Emcke: *Das ist die Jahrhundertfrage.*

Es reicht die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu betrachten und sich eingehend mit dem von den parteipolitisch missbrauchten Institutionen dieses Staates nicht eingelösten „Versprechen“ der Demokratie zu beschäftigen.

Möllers: *Vielleicht ist es einfach so: Irgendwann erschöpfen sich politische Systeme. Dinge beginnen frisch und verlieren mit der Zeit ihren Glanz. Das ist bitter, aber 70 Jahre sind eine lange Zeit für das Grundgesetz. Man könnte sich also auch umgekehrt fragen: Warum hat es so lange gehalten? Warum ist der Westen so zäh und erfolgreich gewesen?*

Und dies verkündet ein Herr Möllers in einem Magazin der Bundesregierung und leitet damit Wasser auf die Mühlen der etablierten politischen Parteien, die von Anfang der Bundesrepublik Deutschland an sich darum bemüht haben das Grundgesetz zu missachten und auszuhebeln, um ihre Parteienoligarchie zu errichten.

Das klingt so, als läge das Ende unserer demokratischen Verfassung vor uns.

Schon 1966 hat Karl Jaspers beschrieben, was als nächstes droht (<https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-O/> Referenznr. [IG_O-PP_001]; „Wohin treibt die Bundesrepublik, Aspekte der Bundesrepublik, II: Der drohende zweite Schritt: von der Parteienoligarchie zur Diktatur“)

Möllers: *Ich glaube nicht, dass wir am Ende sind. Wir sollten nur nicht davon ausgehen, dass es ganz selbstverständlich immer mit unserer Demokratie weitergeht. Und ohne das System Demokratie als solches in Frage zu stellen, müssen wir erkennen und dann erklären, dass eine Fortschreibung nur mit Erneuerung funktioniert.*

Der Glaube des Herrn Möllers in Ehren; die Realität spricht eine ganz andere Sprache. Führende Juristen, von denen der Herr Möllers offensichtlich noch nichts gehört hat, sehen die Beseitigung des Rechtsstaates als bereits vollzogen ([https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/20201212_Die staatlichen Juristen – ein Berufsstand zwischen Missbrauch und Größenwahn](https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/20201212_Die%20staatlichen%20Juristen%20-%20ein%20Berufsstand%20zwischen%20Missbrauch%20und%20Größenwahn))

Emcke: *Die Erneuerung wird jedenfalls nicht von den Hygienesemos und Verschwörungsmythen kommen.*

Das ist richtig. Eine Erneuerung wird aber auch nicht von den Claqueuren der Parteienoligarchie kommen.

Es zeigt sich weiter, dass auch keine Wiederherstellung der Demokratie aus den parteipolitisch durchsetzten Institutionen kommen wird. Auf die Parteien zu hoffen und, wie es Herr Möllers empfiehlt, den Weg durch die Parteien/Institutionen zu gehen, hieße den Bock zum persönlichen Gärtner zu machen. Bündnis 90/Die Grünen haben gezeigt wohin das führt: sie haben im Vollgefühl des neuen Machtrausches ohne Hemmungen den staatlich organisierten Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch und die Aushebelung der Parlamentarischen Demokratie, die damit verbundene Kriminalisierung von Sozialgerichten, des Verfassungsgerichts und der Staatsanwaltschaften und die Kriminalisierung der gesetzlichen Krankenkassen seit 2004 bis heute mitgemacht.

Eine Wiederherstellung der Demokratie und des Rechtsstaates kann also nur, wenn überhaupt, aus dem Staatsvolk, aus der Zivilgesellschaft kommen.

In der Pandemie ist unsere Freiheit zum Teil gravierend eingeschränkt worden. Gefährdet Corona die Demokratie?

Die „gravierende Einschränkung unserer Freiheit in der Pandemie“ ist einfach nur dummes Gerede. Es geht bei den Corona-Maßnahmen nicht pauschal um Grundrechtseingriffe gegen alle und jeden, sondern es geht um das Abwägen von Grundrechten einzelner gegen die Grundrechte der jeweils anderen, z.B. das Recht des Einzelnen auf Freizügigkeit (Art 11 Abs. 1 GG) gegen das Recht aller anderen auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art 2 Abs. 2 Satz 1 GG). Dabei dürfte zu bedenken sein, dass man die Rechte von jemanden auf Freizügigkeit nur dann vorübergehend einschränken kann, solange er am Leben ist.

Das zeigt, dass man auch in Regierungskreisen gerne über die Verfassungsrechte redet ohne das Grundgesetz zu kennen.

Möllers: *Wir haben in der Pandemie bis zur einheitlichen Notbremse im Infektionsschutzgesetz alle großen Entscheidungen über die Freiheitsverteilung außerhalb des Parlaments getroffen. Viele Entscheidungen wurden in der Ministerpräsidentenkonferenz unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen. Das ist schon ziemlich ungewöhnlich. Wenn das zum Dauerzustand geworden wäre, dann hätte ich größte Bedenken. Dass es praktisch nicht gut funktioniert hat, macht die Sache nicht besser. Außerdem hätte man mit der Planung für ein Bundesgesetz schon vor Monaten beginnen müssen.*

Emcke: *Aber es gab doch offen geführte Diskussionen. Es gab Raum für Kritik. Auf diese Kritik wurde auch immer wieder eingegangen. Mich hat zumindest in der ersten Phase das nachdenkliche Miteinander beeindruckt. Später bestand dann das Problem darin, dass die Ministerpräsidentenkonferenz sich allen wissenschaftlichen Empfehlungen entgegengestellt hat. Modellierungen wurden ignoriert- nur um immer zwei Wochen später deren Richtigkeit zu bemerken. Was ich vermisst habe, ist, dass diejenigen, die sich nicht durchsetzen konnte - also auch die Kanzlerin -, deutlicher argumentieren. Ich will wenigstens hören, dass es jemand*

versucht hat. Jetzt wird es zwar ein Infektionsschutzgesetz geben, das diese fahrlässige Zögerlichkeit der MPK aussticht - aber es ist in der Sache selbst wieder nicht nachhaltig genug.

Wie können wir demokratischer werden?

Emcke: Es braucht mehr Gegenwehr gegen soziale Ungleichheiten und mehr Anerkennung der Vielfalt.

Die soziale Ungleichheit ist in Deutschland besonders hoch (führend in Europa). Dies ist das Ergebnis der politischen Weichenstellungen in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten. Da dem so ist, braucht es mehr Gegenwehr gegen die etablierten politischen Parteien / gegen die Parteienoligarchie.

Möllers: Ich glaube nicht, dass wir demokratischer werden müssen. Wir müssen besser lernen zu verstehen, was die Demokratie leisten kann.

Ich bin sicher, bevor sich jemand über Demokratie auslässt (in wessen Auftrag auch immer) sollte er sich vergewissern, was Demokratie ist. Wenn jemand den Ist-Zustand nicht verstehen kann, sollte er doch über dessen Veränderungs-Möglichkeit und Veränderungs-Würdigkeit kein Wort verlieren und sich nicht auch noch öffentlich produzieren.

Allen muss klar sein, dass wir in einem unvollkommenen System leben, das immer wieder auch mal scheitern wird. Dass dieses System aber nicht seine Legitimation deswegen verliert, weil nicht alles reibungslos funktioniert. Eine selbstbewusste Politik müsste ihre eigenen Schwächen viel offensiver kommunizieren. Das würde Vertrauen zurückbringen und die Demokratie stärken.

Die „Politik“ ist selbstbewusst genug, die Claqueure vor den eigenen Karren zu spannen. Nur wird das nicht die Demokratie zurückbringen ... im Gegenteil, denn diese Claqueure plädieren sehr dafür, dass das Staatsvolk in Demut den Nacken beugt.

Redaktionsschluss für das Interview war der 21.4.2021.